

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beschreibungen nebst die Anzeigen
aus für Anzeigen die Posten
mitgeben. — Einheitswertmäßig.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

angegebenen die Anzeigen
Teilgabe für Anzeigen aus aus
mitgeben die Postenmäßig, aus
mitgabe Anzeigen die Postenmäßig,
Teilgabe Teilgabe die Postenmäßig,
amtliche Teile die Postenmäßig.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 64

Mittwoch, den 17. März 1926

21. Jahrgang

Am Mittwoch Vollversammlung in Genf.

Schweden, Tschechoslowakei und Belgien verzichten auf ihre Ratsitze?

Genf, 15. März. Die nichtoffiziellen Besprechungen der Ratsmitglieder dauerten bis gegen 1 1/2 Uhr. Als positives Ergebnis der Besprechungen ist bisher nur die Verschlebung der Vollversammlung von Dienstag auf Mittwoch zu verzeichnen. Nachmittags 4 1/2 Uhr tritt der Rat zu einer öffentlichen offiziellen Sitzung zusammen, die jedoch nur von kurzer Dauer sein wird. Anschließend sollen die vertraulichen Besprechungen der Ratsmitglieder fortgesetzt werden.

Der Berichterstatter der „Vostischen Zeitung“ schreibt die Lage folgendermaßen:

Genf, 16. 3. Man berät im Augenblick über eine Gestaltung des schwedischen Projektes. Sie könnte in bestehen, daß

Schweden, sondern eine andere Macht zurücktritt; sie könnte derart abgewandelt werden, daß Schweden seinen Platz erst mit Wirkung vom September ab erklärt, so daß die Neuwahl erst in der Septembertagung des Rates erfolgen und dadurch der deutsche Standpunkt anerkannt werden würde, der sich im September nicht der Zuwahl Polens widersetzen will. Und man könnte schließlich daran denken, daß mehrere oder gar alle Inhaber nichtständiger Ratsitze auf ihre Mandate verzichten, um dadurch der Völkerbundversammlung Gelegenheit zu geben, nunmehr ihrerseits zu entscheiden, wen sie im Rate sitzen lassen will. Gegen ein solches Votum der Mehrheit der Völkerbundstaaten in der Vollversammlung könnte Deutschland natürlich keinen Einwand erheben.

Wohin sich die Lage schließlich neigen wird, läßt sich im Augenblick natürlich nicht sagen. Daß im Schoß der französischen Delegation mit den Staaten der Kleinen Entente so eifrig verhandelt wird, beweist jedenfalls, daß man den Versuch macht, dem schwedischen Vorschlag eine Form zu geben, die den schwachen Voten gerecht wird. Die Schwierigkeiten für ein Ausschneiden der Tschechoslowakei liegen eigentlich nicht bei der Tschechoslowakei selbst.

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch, der zunächst hier eine große Zurückhaltung an den Tag gelegt hat, ist in den letzten Tagen wieder etwas aktiver geworden. Er hat erklärt, der Tschechoslowakei müsse so viel an einer Ausgleichung der Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich liegen, daß er es bedauern würde, wenn durch den vollen Sieg einer der beiden Parteien bei der anderen ein Stachel zurückbleiben und dadurch das Verhältnis beider Staaten wieder getrübt würde.

Solche Trübung zu verhindern, die auch auf die Beziehungen Deutschlands zur Tschechoslowakei nach den Erfahrungen der letzten Jahre zurückzuführen müßte, sei er bereit, jedes persönliche Opfer zu bringen und schon vor dem Septembertermin aus dem Rate auszuschneiden.

Aber vorläufig haben die Mächte der Kleinen Entente dagegen noch Einspruch erhoben, denn die Tschechoslowakei sieht im Augenblick als Vertreterin der Gruppe der Kleinen Entente im Völkerbundrat. Und wenn sie ausscheidet, so war eigentlich gedacht, daß an ihrer Stelle wieder eine Macht der Kleinen Entente in den Rat gewählt werden sollte. Deshalb beraten anscheinend augenblicklich sämtliche Nationen, die zur Kleinen Entente gehören, mit der französischen Delegation gemeinsam.

Auch Belgien

das ebenfalls sich zum Herbst der Wiederwahl stellen und also auch riskieren muß, nicht wiedergewählt zu werden, würde vielleicht zu einem Ausschneiden bereit sein. Vanderveelde macht jedenfalls persönlich keinen Hehl aus solcher Bereitwilligkeit. Doch sind natürlich auch hier sehr erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Vor allem weiß man nicht, wie die Regierung in Brüssel sich zu solchen Vorschlägen stellen würde. Als heute nach der Beendigung der offiziellen Besprechungen der Ratsverhandlungen am Vormittag Chamberlain den wartenden Journalisten sagte: „Wir erwarten noch Depeschen“, nahm man an, daß es sich dabei um die Instruktionen der schwedischen und der belgischen Regierung an ihre Delegierten handelte.

Was verlangt die Wirtschaft von dem Reich?

Essen, 15. März. Die Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des Niederrheinisch-Westfälischen Industriebezirkes in Verbindung mit der Vereinigung von südwestfälischen Industrie- und Handelskammern — vorort Industrie- und Handelskammer Essen — veranstaltete am 15. März nachmittags 8 1/2 Uhr im großen Saale des Städtischen Saalbaues zu Essen eine großangelegte Wirtschaftstagung. Der große Saal war überfüllt, es hatten sich etwa 2-3000 führende Persönlichkeiten eingefunden. Als erster Redner sprach Dr. Schmidt-Oberfeld über:

„Ein Kotschrei der Wirtschaft an Regierung und Volk.“

Die Frage, ob wirklich eine Wirtschaftskrise besteht, befaßt sich aus der steigenden Zahl der Konkurse, der Geschäftsausschreitungen, der Zahlungsbehalte, der Wechselproteste, der Erwerbslosen und dem Rückgang der steuerpflichtigen Umsätze, die z. B. im Bezirk Düsseldorf von Januar bis Dezember auf drei Viertel zurückgegangen sind. Die Maßnahmen, die Regierung und Volk ergreifen müssen, um die Wirtschaft vor dem Abgrund zu retten, sind „Beseitigung von allem Zwange“ und „Sparen, sparen, sparen“. Die politische Struktur unseres Vaterlandes erfordert Verwaltungsreformen, welche untragbar geworden sind. Es geht nicht an, daß wir im Deutschen Reich über 2200 Parlamentarier — ohne die Stadtparlamente zu rechnen — und 120 amtierende Reichs- und Staatsminister haben. Vor allem müssen wir vom Reichstag Stabilität der Regierung fordern und von den Wirtschaftskreislauf, daß sie mehr in die Parlamente hineingehen. Die Verwaltungsreform muß nicht einen Abbau von Beamten darstellen, sondern einen Abbau von Ämtern und Ausgaben.

Unsere Forderungen zum Steuerprogramm sind: Aufstellung eines Probeetat mit 20 Prozent Abschlag, automatische Senkung der Steuern, wenn die Einnahmen über den Voranschlag hinausgehen, ein Steuerhöchstleistungsgesetz, das die Höchststeuersumme für jedes Belegte, ein Vetorecht des Finanzministers gegen alle Ausgabebewilligungen des Parlamentes und der Gemeinden über den Etat hinaus, eine Selbstkontrolle der Parteien, nicht ohne Einvernehmen mit dem Finanzminister, neue Ausgaben und Steuern zu beschließen, eine Senkung der Einkommensteuertarife zur Ermöglichung der Kapitalbildung, eine Aenderung des Einkommensteuertarifs auf Grundraten mit jährlich neu zu bewilligenden Zuschlägen, um so jeder Partei die Verantwortung für alle Ausgaben jährlich neu vor Augen zu führen, endlich eine Vereinfachung des Steuerhystems.

Als zweiter Redner sprach der Präsident der Handelskammer Dortmund Dr. Juchow. Er gab zunächst die Auffassung der Wirtschaftskrise zu der beabsichtigten Wirtschaftsenquete wieder. Diese Auffassung geht dahin, daß sich die Wirtschaft keine weiteren wertvollen Ausschlässe über die Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von ihr verpricht. Die Wirtschaft lehnt deshalb die Enquete ab. Der Redner erhofft den Wirtschaftsfrieden aus einer neuen Arbeitsgemeinschaft. Alle Fragen des Betriebes, Lohn, Arbeitszeit, Urlaub usw., sollen in den Betriebsgemeinschaften behandelt werden. Das Washingtoner Abkommen wird abgelehnt, weil es der militärischen Abrüstung die wirtschaftliche hinzufragen würde. Hinsichtlich der Währungsreform wird gefordert, daß sich die Organisationen auf die Festsetzung eines ortsüblichen Tagelohnes beschränken. Das staatliche Schlichtungswesen muß fortfallen. Streiks und Aussperrungen sind als geeigneten Beweile zu betrachten und in ihrer Wirkung weniger schädlich als falsche Schlichtungspraxis. Anstelle der Sozialpolitik wird Sozialwirtschaft gefordert. Erwerbslosen- und Krankenfürsorge dürfen den Anreiz zur Arbeit nicht vermindern. Den Arbeitern muß es gestattet sein, Arbeit auch unter Tarif anzunehmen. Bei freiem Angebot würden die Löhne und Gehälter sinken, die Preise würden nachgeben und die Kaufkraft würde mit steigender Produktion besser werden.

Die Darlehenlasten werden uns zwingen, unsere Produktion erheblich zu steigern. Unser Anteil am Weltmarkt wird zunehmen. Dadurch wird die Lage des deutschen Volkes, vornehmlich der Arbeiterschaft, gebessert werden. Die Kartelle sind beim Aufbau der Wirtschaft nicht zu entbehren. Ihre Preispolitik ist maßvoll gewesen. Das Kartellgesetz wird, weil überflüssig, abgelehnt. Die Frachttarife müssen gesenkt werden. Eine Wendung zum Besseren wird in dem Programm des Reichsfinanzministers erblickt.

Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Nur durch die äußerste Anspannung der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung kann ein dauernder Absatz für deutsche Arbeit auf dem Inlands- und Auslandsmarkt gesichert werden. Regie-

Ein Reichwehrgeld auf Posten angeschossen.

Berlin, 15. März. Heute abend wurde ein Reichwehrgeldat vom Reichswehr-Infanterie-Regiment 9, der als Posten an einem Pulverschuppen hinter den Schießständen in Ruckleben bei Spandau stand, von der Wache blutüberströmt und bestimmungslos durch einen Schuß in die rechte Schulter getroffen aufgefunden. Nach den Angaben des Schwerverletzten haben drei Männer, die sich in der Nähe des Postens zu schämen machten, als sie von dem Posten angerufen wurden, sofort mit Pistolen auf ihn geschossen. Bis jetzt ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die Täter zu ermitteln.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei in Berlin.

Berlin, 15. März. Gestern abend kam es im Osten der Stadt während eines Umzuges der KPD. mit dem begleitenden Polizeikommando zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. Sieben Personen wurden festgenommen. Die Ruhe wurde dann wieder hergestellt.

Zusammenstoß zwischen Schupo und Kommunisten in Düsseldorf.

Dem „Vorwärts“ zufolge kam es am Sonntag abend bei einer Demonstration der Kommunisten für das Volksbegehren zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schupo, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Erst nachdem die Polizei größere Verstärkungen erhielt, gelang die Säuberung der Straße.

Die Völkischen lehnten es ab, die „Schwarze Reichswehr“ zu uns stützen.

Berlin, 15. März. In der heutigen Nachmittagsverhandlung des Gemeindeforschusses des Landtages erklärte der als Zeuge vernommene völkische Landtagsabgeordnete Wulle, daß er der schwarzen Reichswehr, von deren Bestehen er erst im Laufe der Zeit gehört habe, von vornherein ablehnend gegenüber gestanden habe. Wir haben den jungen Leuten, sagte Wulle, die mit uns Fühlung nahmen, direkt verboten, sich dort anzuschließen. Es habe nicht im geringsten Beziehungen

zu dem Kreise um den Oberleutnant Schulz gehabt. Es sei wohl möglich, daß er hier und da einmal etwas gegeben habe, daß es sich aber um Geld für die Aufstellung einer Kompanie gehandelt habe, sei ganz ausgeschlossen. Als nächster Zeuge wird der frühere völkische Abgeordnete Oberleutnant a. D. Wilemann vernommen. Er gibt an, daß er oft jungen Leuten, die unter ihm gedient hätten, Empfehlungsschreiben ausgestellt habe, wenn sie in die Reichswehr eintreten wollten. Dabei habe es sich für ihn immer nur um die legale Reichswehr gehandelt. In seiner Partei habe die Ansicht geherrscht, die schwarze Reichswehr nicht zu unterstützen.

Feier zur Erinnerung an den Abstimmungsieg in Flensburg.

Flensburg, 15. März. Am Sonntag fand hier eine Feier zur Erinnerung an den vor sechs Jahren erzielten Abstimmungsieg in der zweiten Zone statt. Nachdem die Feier am frühen Morgen durch ein Wecken der Reichsmehrkapelle eingeleitet worden war, wurde mittags auf dem Söndermarkt ein großes Konzert veranstaltet. Abends sprachen in vier überfüllten Versammlungen bekannte Führer des Deutschtums in der Nordmark. Der Verlauf aller Versammlungen legte berechtigtes Zeugnis von dem lebendigen Bekenntnis zum Deutschtum ab. Am Mitternacht fand eine kirchliche Abschlussfeier in der St. Nikolaiskirche statt.

Die Eintragungen für das Volksbegehren.

In Berlin über 1 Million Unterschriften.
Die Zahl der in Groß-Berlin für das Volksbegehren am Sonnabend abgegebenen Unterschriften betrug 80 581, am Sonntag 217 277. Demnach haben bisher 1 091 684 Wähler sich eingetragen.
In Hamburg wurden bis 14. März einschließlich 243 000 Unterschriften (31,4 v. H. der Wahlberechtigten) abgegeben, Altona 42 000 (30,3 v. H.), Lübeck 31 000 (35 v. H.), Albin 80 000, Magdeburg 50 189, Breslau 90 000, Hannover 99 000, Frankfurt a. M. 93 180, Erfurt 25 500, Jena 14 500, München 65 000, Röntgenberg 82 000, Jüterburg 8880, Braunschweig 84 100, Leipzig 185 000.